



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Die Vorsitzende

Herrn
Jörg Mitzlaff
Am Friedrichshain 34
10407 Berlin

Berlin, 23. November 2023
Bezug: Ihre Eingabe vom
10. August 2022; Pet 3-20-05-06-
010409
Anlagen: 1

Martina Stamm-Fibich, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-35257
Fax: +49 30 227-36027
vorzimmer.peta@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

der Deutsche Bundestag hat Ihre Petition beraten und am
16. November 2023 beschlossen:

*Das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen
teilweise entsprochen worden ist.*

Er folgt damit der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses
(BT-Drucksache 20/9212), dessen Begründung beigelegt ist.

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages ist das
Petitionsverfahren beendet.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Stamm-Fibich



Pet 3-20-05-06

Außenpolitik

Beschlussempfehlung

Das Petitionsverfahren abzuschließen

– weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist –.

Begründung

Mit der Petition wird der sofortige Importstopp von Öl, Gas und Kohle aus der Russischen Föderation gefordert.

Zur Begründung wird im Wesentlichen angeführt, dass Deutschland durch den Import von Öl, Gas und Kohle aus der Russischen Föderation den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mitfinanziere. Die aktuellen Sanktionen verfehlten aufgrund dessen ihre Wirkung. Mit dem geforderten Importstopp könne Solidarität mit der Ukraine und die Wehrhaftigkeit der Demokratie unter Beweis gestellt werden. Es bestehe zudem die Hoffnung, dass der Krieg schneller zu einem Ende kommen könne, wenn Russland über weniger Einnahmen aus dem Verkauf von Öl, Gas und Kohle verfüge. Die deutsche Gesellschaft sei resilient und könnte ein geringeres Wirtschaftswachstum, Preissteigerungen und eine höhere Inflationsrate tragen. In Anbetracht der Todesopfer, der Zerstörung und der humanitären Katastrophe in der Ukraine sollten Mut und die Bereitschaft zu mehr Risiko das politische Handeln in Deutschland bestimmen. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen in der Petition verwiesen.

Die Petition wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht und zur Diskussion bereitgestellt. Der Petition schlossen sich 87 Mitzeichnende an und es gingen 78 Diskussionsbeiträge ein.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss mehrere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs mit dieser Petition einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung unterzogen wurden. In diesen Eingaben wird unter anderem die sofortige Einstellung sämtlicher Rohstofflieferungen aus Russland ungeachtet von etwaig mit Russland bestehenden Verträgen gefordert. Es wird um Verständnis gebeten, dass möglicherweise nicht alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen dargestellt werden.



noch Pet 3-20-05-06

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung - dem Auswärtigen Amt - Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Ausschuss möchte zunächst betonen, dass sowohl die Bundesregierung als auch der Deutsche Bundestag den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste verurteilen. Der russische Angriffskrieg ist zugleich auch ein Angriff auf die europäische und globale Sicherheitsordnung und den Frieden in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland zeigt sich solidarisch mit der Ukraine - mit politischer, militärischer, humanitärer und finanzieller Unterstützung.

Aufgrund dieses Angriffskriegs kann Russland offensichtlich nicht länger als verlässlicher Partner und Energielieferant betrachtet werden. Die Bundesregierung und auch die Europäische Union (EU) haben daher angekündigt, so schnell es geht unabhängig von russischen Energielieferungen zu werden. Deutschland hat dabei einen ambitionierten Ausstiegspfad eingeschlagen. So importiert Deutschland seit Ende August 2022 keine russische Kohle mehr. Nachdem die Einfuhr von russischem Öl und Ölprodukten bis Ende 2022 durch Vertragsumstellungen zunächst deutlich gesenkt worden war, wurde der Ölimport zum Jahresbeginn 2023 eingestellt. In Bezug auf die Lieferung von russischem Erdgas nach Deutschland ist zu beachten, dass Russland selbst bereits vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine und dann noch verstärkt im Laufe des Jahres 2022 die Liefermengen von Erdgas deutlich reduziert hatte. Die Bundesregierung bemüht sich weiterhin aktiv um Alternativen zu Erdgas aus Russland und hat diesbezüglich Vereinbarungen mit anderen Staaten - wie beispielsweise Norwegen - getroffen, um die Lieferausfälle zu kompensieren. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist die weitgehende Unabhängigkeit Deutschland von russischen Erdgaslieferungen. Dieses Ziel könnte nach Einschätzung der Bundesregierung bereits im Jahr 2024 erreicht werden.

Die Bundesregierung hat sich zudem auf EU-Ebene aktiv in die Gestaltung der EU-Sanktionspakete gegen Russland eingebracht, welche auch den Energiebereich betreffen. So wurde bereits im April 2022 im Rahmen des fünften Sanktionspakets gegen Russland ein Kohle-Embargo beschlossen, das ab August 2022 vollumfänglich in Kraft getreten ist. Mit dem sechsten Sanktionspaket wurde im Juni 2022 ein Öl-Embargo beschlossen, welches in Bezug auf Rohöl seit dem 5. Dezember 2022 und in Bezug auf andere Erdölerzeugnisse seit dem 5. Februar 2022 gilt.



noch Pet 3-20-05-06

Für besonders betroffene EU-Mitgliedstaaten wurden einzelne Fristverlängerungen beschlossen. Der Petitionsausschuss begrüßt die EU-Sanktionspakete gegen Russland mit dem Ziel der Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen.

Gleichwohl möchte der Ausschuss darauf hinweisen, dass bei allen Bemühungen um einen schnellstmöglichen Ausstieg aus russischen Energielieferungen auch gelten muss, dass die Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten der EU nicht schädlicher sein dürfen als die Auswirkungen auf den Adressaten der Sanktionen - Russland. Ein sofortiger Ausstieg aus sämtlichen russischen Energie- und Rohstofflieferungen würde in Deutschland und der EU sowie auch global mit Blick auf die Lieferketten zu unabsehbaren Folgen führen. Die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa muss auch im Rahmen der Maßnahmen mit dem Ziel der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Russland stets gewährleistet werden. Der Petitionsausschuss befürwortet daher den Ausstiegspfad, der von der Bundesregierung verfolgt wird.

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen ist der Ausschuss der Auffassung, dass dem Anliegen der Petition zumindest teilweise - insbesondere im Hinblick auf den Importstopp von Kohle und Öl - bereits Rechnung getragen worden ist. Er empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.